

411669-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Europaweite Vergabe von Fachplanungsleistungen Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14.1 für die Leistungsphasen 1 bis 6 für die Weiterentwicklung Lehenbachschule

OJ S 114/2026 16/06/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Winterbach

E-Mail: gemeinde@winterbach.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Europaweite Vergabe von Fachplanungsleistungen Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i.

V.m. Anlage 14.1 für die Leistungsphasen 1 bis 6 für die Weiterentwicklung Lehenbachschule

Beschreibung: Gegenstand des Vergabeverfahrens ist die Vergabe von

Fachplanungsleistungen Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i. V. m. Anlage 14.1 für die

Leistungsphasen 1 bis 6. Es ist eine stufenweise Beauftragung beabsichtigt, ein Anspruch auf

Weiterbeauftragung besteht nicht. Die Vergabe erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung bzw.

Bevollmächtigung der zuständigen Gremien zur abschließenden Zuschlagsentscheidung.

Kennung des Verfahrens: c754d5d3-14b0-462a-adca-52ac56da2ab9

Interne Kennung: Gemeinde Winterbach_2026_05

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum

Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und

Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Winterbach

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXS0Y44YT2P9K37K# Das

Verhandlungsverfahren wird in zwei Phasen durchgeführt: Phase 1 - Teilnahmewettbewerb:

Interessierte Unternehmen sind in der derzeit stattfindenden Phase 1 zur Beteiligung am

Teilnahmewettbewerb aufgefordert. Auf der Grundlage der im Bewerbermemorandum unter

Ziffer 4.2.2 dargestellten Vorgehensweise werden unter allen grundsätzlich geeigneten Bewerbern im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs mindestens 3 und maximal 5 ausgewählt, die zur Abgabe eines (verbindlichen) Angebots aufgefordert werden. Phase 2 - Angebots- und Verhandlungsphase: Die weiteren Vergabeunterlagen werden den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten und zur Abgabe eines ersten (verbindlichen) Angebots aufgeforderten Bewerbern zeitgleich zur Verfügung gestellt. Der geforderte Inhalt der Angebote ist in den Vergabeunterlagen dargestellt. Neben einem Honorarangebot umfasst dies auch ein Konzept zur Herangehensweise an die Aufgabenstellung, sowie ein Personalkonzept. Die Bieter haben ihre Konzepte, das vorgesehene Team, das die ausgeschriebenen Leistungen erbringen wird, im Rahmen einer Bieterpräsentation vorzustellen. Die ersten Angebote werden auf Grundlage der Zuschlagskriterien bewertet. Auf dieser Grundlage wird ein Bieterranking erstellt. Das erste Angebot muss bereits verbindlich sein. Die Vergabestelle behält sich vor, bereits auf das erste Angebot den Zuschlag zu erteilen. Die Vergabestelle behält sich weiter vor, im Rahmen des an die erste Wertung anschließenden Verhandlungsverfahrens sukzessive weniger gut platzierte Bieter auszuscheiden, nur mit einzelnen, anhand der Wertung besser platzierten Bietern in (weitere) Verhandlungen zu treten und Endverhandlungen nur mit einem Unternehmen zu führen. Sofern eine Bieterpräsentation vorgesehen ist, behält sich die Vergabestelle zudem vor, lediglich die nach der ersten Wertung besser platzierten Bieter zur Präsentation aufzufordern. Ein Anspruch sämtlicher Bieter auf Teilnahme an der Bieterpräsentation besteht nicht. Die Vergabestelle behält sich auch vor, das erste und die ggf. folgenden Verhandlungsgespräche im Rahmen einer Videokonferenz durchzuführen. Nach ggf. erfolgter Durchführung der Verhandlungen sowie Prüfung und Wertung der Angebote wird dem auf Grundlage der Zuschlagskriterien wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt. Die Bewertung des Angebots und die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt auf der Grundlage der nachfolgenden Bewertungsmatrix: Honorar 30%, Konzept zur Herangehensweise (Projektentwicklung) 40%, Qualifikation und Personalkonzept 30%. Nähere Einzelheiten sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen. Bitte beachten Sie, dass Antworten auf Bieterfragen sowie aktualisierte oder weitere Informationen und Unterlagen zu dem Verfahren über das Vergabemanagementsystem zur Verfügung gestellt werden. Interessenten an dem Verfahren müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Angebots sowie vor Ablauf der Angebotsfrist prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Angebots zu beachten sind. Interessenten haben die Möglichkeit, sich für das Verfahren freizuschalten/zu registrieren. Registrierte Unternehmen werden über die Veröffentlichung zusätzlicher Informationen und Unterlagen informiert. Eine Verpflichtung zur Registrierung besteht nicht. Bekanntmachungs-ID: CXS0Y44YT2P9K37K Informationen zur elektronischen Rechnung: Für eine elektronische Rechnungsstellung verwenden Sie bitte ausschließlich den Zentralen Rechnungseingang Baden-Württemberg, den Sie zusammen mit weiteren Informationen unter <https://service-bw.de/erechnung> erreichen. Ihr Rechnungsdokument muss dazu im Standard XRechnung oder einem anderen der Norm EN 16931 entsprechenden Format erstellt werden und im Feld Buyer-Reference (BT-10) die Leitweg-ID der Gemeinde Winterbach aufweisen. Es gelten die über <https://service-bw.de/erechnung> einsehbaren Nutzungsbedingungen des Zentralen Rechnungseingangs Baden-Württemberg in der zum Zeitpunkt der Einbringung der elektronischen Rechnung gültigen Fassung.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:
Betrug:
Korruption:
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:
Zahlungsunfähigkeit:
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Europaweite Vergabe von Fachplanungsleistungen Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i. V. m. Anlage 14.1 für die Leistungsphasen 1 bis 6 für die Weiterentwicklung Lehenbachschule
Beschreibung: Die Lehenbachschule Winterbach ist eine Grund- und Gemeinschaftsschule mit zentraler Lage in der Gemeinde. Die Schule besteht aus vier Gebäuden. Der sanierte Altbau, in dessen Dachgeschoss die Ganztagsbetreuung für die Grundschulkinder untergebracht ist, das Pavillongebäude und der neue Ganztagsbau (Mensa im Erdgeschoss), der im Zuge der Einrichtung des Ganztagsbetriebs in der Sekundarstufe I erstellt wurde, bilden gemeinsam mit dem sanierten Rektoratsgebäude und dem großen Pausenhof eine campusartige Einheit. Im Zuge der demografischen Entwicklung sowie einer geänderten Nachfragestruktur hat sich der schulische Bedarf innerhalb der Gemeinde Winterbach geändert. Gemeinsam mit der Schulleitung hat die Gemeinde daher die Weiterentwicklung der Lehenbachschule initiiert. Mit der Weiterentwicklung der Lehenbachschule verfolgt die Gemeinde Winterbach das Ziel, den Schulstandort langfristig an die zukünftigen Anforderungen einer modernen Grund- und Gemeinschaftsschule mit Ganztags- und Betreuungsangeboten anzupassen. Grundlage hierfür sind die Ergebnisse eines Strategiekonzeptes für Bildung und Betreuung sowie einer darauf aufbauenden Machbarkeitsstudie. Diese haben einen zusätzlichen Bedarf an Unterrichts-, Betreuungs-, Aufenthalts- und Mensaflächen aufgezeigt. Aus diesem Grund soll das bestehende Gebäude erweitert, umstrukturiert und modernisiert werden. Die Maßnahmen dienen der funktionalen und baulichen Weiterentwicklung des gesamten Schulcampus und sollen die räumlichen Voraussetzungen für einen zeit-gemäßen Schul- und Betreuungsbetrieb schaffen. Die Umsetzung erfolgt im laufenden Schulbetrieb und erfordert daher eine

sorgfältige planerische und organisatorische Abstimmung aller Projektbeteiligten. Aktueller Planungsstand: Die Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume wurden bereits im Rahmen eines Vergabeverfahrens vergeben. Aufbauend auf den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie sowie den abgestimmten Anforderungen der Gemeinde, der Schulleitung und der Betreuungseinrichtungen wurde durch das beauftragte Architekturbüro ein erster Vorentwurf für die bauliche Weiterentwicklung der Lehenbachschule erarbeitet. Der Vorentwurf konkretisiert die vorgesehenen Erweiterungs-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen und bildet die Grundlage für die Einbindung und Beauftragung der weiteren Fachplanungen. Insbesondere die Tragwerksplanung soll frühzeitig in den Planungsprozess integriert werden, um die konstruktiven und statischen Rahmenbedingungen der vorgesehenen Maßnahmen zu bewerten und die weitere Entwurfsentwicklung fachlich zu begleiten. Zum Zeitpunkt der Ausschreibung der Tragwerksplanungsleistungen befindet sich der Vorentwurf noch in der politischen Abstimmung. Die Beschlussfassung für den Vorentwurf durch den Gemeinderat steht noch aus und soll voraussichtlich im September 2026 erfolgen. Der vorliegende Planungsstand dient daher als Arbeitsgrundlage für die weitere Planung. Änderungen und Anpassungen, die sich aus den Beratungen und Beschlüssen der kommunalen Gremien ergeben, sind im weiteren Projektverlauf grundsätzlich möglich und im Rahmen der Fachplanung zu berücksichtigen. Projektziel: Ziel des Vorhabens ist somit die Schaffung zusätzlicher Unterrichts- und Betreuungsflächen sowie die funktionale Neuordnung bestehender Nutzungen innerhalb des Schulcampus. Neben der Erweiterung vorhandener Gebäudestrukturen sollen bestehende Räume an die heutigen Anforderungen eines modernen Bildungs- und Betreuungsangebots angepasst werden. Die geplanten Maßnahmen konzentrieren sich auf die Erweiterung und Aufstockung des Pavillongebäudes, die Umstrukturierung des Alten Schulhauses sowie die Optimierung der Mensa- und Küchenbereiche. Durch die Realisierung der Maßnahmen soll ein zukunftsfähiger Schulcampus entstehen, der sowohl den pädagogischen Anforderungen als auch den steigenden Nutzerzahlen gerecht wird. Die Weiterentwicklung der Lehenbachschule erfolgt in drei aufeinander abgestimmten Bauabschnitten. Maßnahme 1 - Erweiterung, Aufstockung und Sanierung des Pavillongebäudes Der erste und größte Bauabschnitt umfasst die Erweiterung, Aufstockung und Sanierung des Pavillongebäudes. Im Erdgeschoss ist eine Erweiterung des Gebäudes in westlicher Richtung vorgesehen. Hierdurch entstehen zwei zusätzliche Klassenräume mit einer Nutzungsfläche von jeweils rund 70 m². Zur Verbesserung der Barrierefreiheit und Erschließung wird ein neuer vertikaler Erschließungskern mit Treppenanlage und Aufzug errichtet. Darüber hinaus wird der Erweiterungsbau um ein weiteres Geschoss aufgestockt. Im Zuge dieser Maßnahme entstehen vier zusätzliche Klassenräume sowie mehrere Gruppenräume für differenzierte Lern- und Betreuungsangebote. Parallel dazu erfolgt die Sanierung des bestehenden Pavillongebäudes einschließlich der Klassenräume, Sanitäranlagen sowie Neben- und Technikräume. Maßnahme 2 - Umstrukturierung des Alten Schulhauses Im zweiten Bauabschnitt werden die vorhandenen Räume des Alten Schulhauses neu organisiert und an die zukünftigen Anforderungen angepasst. Im Erdgeschoss werden neue Betreuungsräume geschaffen. Zusätzlich entstehen eine Küche mit Ausgabebereich, Personalräume sowie neue Sanitäranlagen. Im Obergeschoss werden Klassenräume, Gruppenräume und ein Multifunktionsraum eingerichtet. Die Maßnahme dient insbesondere der besseren Verzahnung von Schul- und Betreuungsbetrieb sowie einer effizienteren Nutzung der vorhandenen Flächen. Maßnahme 3 - Neuordnung des Mensabereichs Der dritte Bauabschnitt umfasst die Umgestaltung des bestehenden Mensa- und Küchenbereichs. Hierbei werden Mensa, Schülercafé und Küche funktional neu geordnet. Ziel ist die Verbesserung der Abläufe im

Verpflegungsbetrieb sowie die Anpassung der Kapazitäten an die zukünftigen Nutzerzahlen. Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist somit die Vergabe von - Fachplanungsleistungen Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i. V. m. Anlage 14.1 für die Leistungsphasen 1 bis 6. Interne Kennung: 2

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Winterbach

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch

geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme# (1) Es wird darauf

hingewiesen, dass das am 1.7.2013 in Kraft getretene Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus

ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch bei dem Einsatz von Nach- und

Verleihunternehmen, sind daher zu beachten; (2) Die Teilnahmeformulare sind unter der für den Abruf der Unterlagen angegebenen Internetadresse abrufbar. Ebenfalls dort abrufbar ist

ein Bewerbermemorandum. In diesen Teilnahmeunterlagen sind wesentliche Teile der

ausgeschriebenen Leistung sowie der Verfahrensvorgaben bereits dargestellt. Unter dieser

Internetadresse werden auch Antworten auf Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere

Informationen und Unterlagen zu dem Verfahren zur Verfügung gestellt. Interessenten an dem

Verfahren müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor

Abgabe ihres Teilnahmeantrags sowie vor Ablauf der Teilnahmefrist prüfen, ob seitens der

Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden,

welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Allgemeiner Jahresumsatz (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Eigenerklärung über den Jahresumsatz in den vergangenen drei

abgeschlossenen Geschäftsjahren (2023, 2024, 2025) einschließlich des Jahresumsatzes mit vergleichbaren Leistungen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. 3 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden sowie für Vermögensschäden mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. 1,5 Mio. EUR oder Eigenerklärung, im Auftragsfalle einen entsprechenden Versicherungsvertrag zu schließen. Ich / Wir erklären, das eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. 3 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden sowie für Vermögensschäden mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. 1,5 Mio. EUR besteht bzw. dass wir eine solche Versicherung im Auftragsfalle abschließen werden.

Hinweise der Vergabestelle: Die geforderte Eigenerklärung zur Berufshaftpflichtversicherung ist von Bewerbungsgemeinschaften nur einmal vorzulegen. Mit dem Teilnahmeantrag ist neben dieser Eigenerklärung noch keine Erklärung einer Versicherungsgesellschaft vorzulegen.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eintragung in ein relevantes Berufsregister (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Aktueller Nachweis über die Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder Handelsregister.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Durchschnittliche jährliche Belegschaft (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestreferenzen (2 Stück) (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Zum Nachweis der Eignungsanforderungen ist das ausgefüllte Teilnahmeformular inklusive der dort aufgeführten Anlagen oder eine entsprechend der Vorgaben ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorzulegen. Der Bieter hat insgesamt 2 Mindestreferenzen einzureichen. Wie aus der EU-Bekanntmachung ersichtlich, sind folgende Mindestreferenzen nachzuweisen: - Fachplanungsleistungen Tragwerksplanung Vorlage von zwei Referenz über die Erbringung von Fachplanungsleistungen Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i. V. m. Anlage 14.1 für den An- und Umbau oder der Sanierung einer Bildungseinrichtung (Schule, Hochschule, Universität) oder eines sonstigen öffentlichen Gebäudes mit anrechenbaren Herstellkosten von mindestens 1,5 Mio. EUR netto (KG 300 + 400). Bei dem Referenzprojekt müssen die Leistungen der Leistungsphasen 1 bis 6 nach HOAI erbracht worden sein. Die Inbetriebnahme und Abnahme muss in den letzten zehn Jahren (frühestens 1. Januar 2015) und bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein. Hinweise: Die geforderten Mindestreferenzen sind von Bewerbungsgemeinschaften nur einmal vorzulegen. Referenzprojekte aus dem privaten oder gewerblichen Hochbau werden bei der Bewertung der Mindestreferenzen nicht berücksichtigt. Die Erklärungen über die Referenzprojekte müssen jeweils folgende Angaben enthalten: ? Projektbezeichnung, Angaben zum Auftragnehmer ? Bauherr/Auftraggeber mit Ansprechpartner und Telefonnummer, ? Angabe Gebäudeart ? Beschreibung des Referenzprojekts, ? Angaben und Leistungsumfang (Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI), ? Herstellkosten in EUR netto, ? Zeitraum der Planungsleistungen, ? Zeitpunkt

Inbetriebnahme, ? Projektbeschreibung in Wort und Bild. Die Vorlage von mehr als insgesamt 2 Referenzen ist nicht erwünscht.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestreferenzen - Bewerberübergreifender Vergleich (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Auswahl der Bewerber: Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten (verbindlichen) Angebots aufgefordert werden, erfolgt in einem dreistufigen Verfahren. Stufe 1: Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden. Stufe 2: Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen. Stufe 3: Schließlich wird für den Fall, dass mehr als drei und maximal fünf grundsätzlich geeignete Unternehmen sich beworben haben, unter den Bewerbern anhand der zwei Referenzen der EU-Bekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuftten Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringende Leistung besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll. Die zwei Mindestreferenzen müssen folgende Kriterien erfüllen, damit diese zur Bewertung zugelassen werden: Vorlage von zwei Referenz über die Erbringung von Fachplanungsleistungen Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14.1 für den An- und Umbau oder der Sanierung einer Bildungseinrichtung (Schule, Hochschule, Universität) oder eines sonstigen öffentlichen Gebäudes mit anrechenbaren Herstellkosten von mindestens 1,5 Mio. EUR netto (KG 300 + 400). Bei dem Referenzprojekt müssen die Leistungen der Leistungsphasen 1 bis 6 nach HOAI erbracht worden sein. Die Inbetriebnahme und Abnahme muss in den letzten zehn Jahren (frühestens 1. Januar 2015) und bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein. Hinweise: Die geforderte Mindestreferenzen sind von Bewerbungsgemeinschaften nur einmal vorzulegen. Referenzprojekte aus dem privaten oder gewerblichen Hochbau werden bei der Bewertung der Mindestreferenzen nicht berücksichtigt. Bitte reichen Sie insgesamt nicht mehr als 2 Referenzen ein. Bei der Bewertung der Mindestreferenzen (2 Stück) können maximal 30 Punkte (jeweils 15 Punkte) erzielt werden. Die Bewertung erfolgt jeweils getrennt anhand folgender Kriterien: 1. Kriterium "Gebäudeart": a) An- und Umbau oder Sanierung eines sonstigen öffentlichen Gebäudes = 1 Punkt b) An- und Umbau oder Sanierung einer Kindertagesstätte = 3 Punkte c) An- und Umbau oder Sanierung einer Schule, Hochschule, Uni = 5 Punkte 2. Kriterium "Deckungsgrad der Referenzleistung mit der vorliegenden Planungsaufgabe" a) Baumaßnahme erfolgte im laufenden Betrieb mit Interimsmaßnahmen 5 Punkte b) An- und Umbau /Sanierung mit wesentlichen baulichen Änderungen 5 Punkte Summe pro Referenz 15 Punkte. Insgesamt können somit 30 Punkte erzielt werden. Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, entscheidet das Los.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis der Eignungsanforderungen - Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen - Zum Nachweis der Eignungsanforderungen ist das ausgefüllte Teilnahmeformular inklusive der dort aufgeführten Anlagen oder eine entsprechend der Vorgaben ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorzulegen. Der Bieter hat zum Nachweis seiner Eignung insgesamt zwei Mindestreferenzen einzureichen. Wie in der EU-Bekanntmachung näher ausgeführt, sind folgende Mindestreferenzen nachzuweisen: - Vorlage von zwei Referenz über die Erbringung von Fachplanungsleistungen

Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i. V. m. Anlage 14.1 für den An- und Umbau oder der Sanierung einer Bildungseinrichtung (Schule, Hochschule, Universität) oder eines sonstigen öffentlichen Gebäudes mit anrechenbaren Herstellkosten von mindestens 1,5 Mio. EUR netto (KG 300 + 400). Bei dem Referenzprojekt müssen die Leistungen der Leistungsphasen 1 bis 6 nach HOAI erbracht worden sein. Die Inbetriebnahme und Abnahme muss in den letzten zehn Jahren (frühestens 1. Januar 2015) und bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein. Hinweise: Die geforderte Mindestreferenzen sind von Bewerbungsgemeinschaften nur einmal vorzulegen. Referenzprojekte aus dem privaten oder gewerblichen Hochbau werden bei der Bewertung der Mindestreferenzen nicht berücksichtigt.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen -

Bewerberübergreifender Vergleich - Auswahl der Bewerber: Die Bewertung der

Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten

(verbindlichen) Angebots aufgefordert werden, erfolgt in einem dreistufigen Verfahren. Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen.

Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen

weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden. Stufe 2: Anschließend

wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3: Schließlich wird für den Fall, dass mehr als drei und maximal fünf grundsätzlich

geeignete Unternehmen sich beworben haben, unter den Bewerbern anhand der zwei

Referenzen der EU-Bekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet

eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringende

Leistung besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Die zwei Mindestreferenzen müssen folgende Kriterien erfüllen, damit diese zur Bewertung zugelassen werden: Vorlage von zwei Referenz über die Erbringung von

Fachplanungsleistungen Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14.1 für den An-

und Umbau oder der Sanierung einer Bildungseinrichtung (Schule, Hochschule, Universität)

oder eines sonstigen öffentlichen Gebäudes mit anrechenbaren Herstellkosten von

mindestens 1,5 Mio. EUR netto (KG 300 + 400). Bei dem Referenzprojekt müssen die

Leistungen der Leistungsphasen 1 bis 6 nach HOAI erbracht worden sein. Die Inbetriebnahme

und Abnahme muss in den letzten zehn Jahren (frühestens 1. Januar 2015) und bis zum

Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein. Hinweise: Die geforderte Mindestreferenzen sind von

Bewerbungsgemeinschaften nur einmal vorzulegen. Referenzprojekte aus dem privaten oder

gewerblichen Hochbau werden bei der Bewertung der Mindestreferenzen nicht berücksichtigt.

Bitte reichen Sie insgesamt nicht mehr als 2 Referenzen ein. Bei der Bewertung der

Mindestreferenzen (2 Stück) können maximal 30 Punkte (jeweils 15 Punkte) erzielt werden.

Die Bewertung erfolgt jeweils getrennt anhand folgender Kriterien: 1. Kriterium "Gebäudeart":

a) An- und Umbau oder Sanierung eines sonstigen öffentlichen Gebäudes = 1 Punkt b) An-

und Umbau oder Sanierung einer Kindertagesstätte = 3 Punkte c) An- und Umbau oder

Sanierung einer Schule, Hochschule, Uni = 5 Punkte 2. Kriterium "Deckungsgrad der

Referenzleistung mit der vorliegenden Planungsaufgabe" a) Baumaßnahme erfolgte im

laufenden Betrieb mit Interimsmaßnahmen 5 Punkte b) An- und Umbau /Sanierung mit

wesentlichen baulichen Änderungen 5 Punkte Summe pro Referenz 15 Punkte. Insgesamt

können somit 30 Punkte erzielt werden. Für den Fall, dass nach der vorstehend

beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur

Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, entscheidet das Los.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens

eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 100,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 06/07/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabeportal-bw.de/Satellite/notice/CXS0Y44YT2P9K37K/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabeportal-bw.de/Satellite/notice/CXS0Y44YT2P9K37K>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 17/07/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabeportal-bw.de/Satellite/notice/CXS0Y44YT2P9K37K>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 14/07/2026 09:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern die Nachreichung, Vervollständigung und/oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Für Bergwerksgemeinschaften gilt: Es gibt keine Vorgabe hinsichtlich der Rechtsform. Erforderlich ist die Einreichung einer von allen

Mitgliedern der Bergwerksgemeinschaft unterzeichneten Erklärung folgenden Inhalts: (1)

plausible Darstellung der Aufgabenteilung innerhalb der Bergwerksgemeinschaft, (2)

Benennung des bevollmächtigten Vertreters der Bergwerksgemeinschaft, (3) Erklärung, dass

dieser Vertreter die Mitglieder der Bergwerksgemeinschaft während des gesamten Verfahrens

rechtsverbindlich vertritt, (4) Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit

uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen, (5) Erklärung, dass alle Mitglieder der Bergewerkgemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
Informationen über die Überprüfungsfristen: Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt: Bieter deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Telefax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Gemeinde Winterbach

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtverwaltung Schorndorf -
Fachbereich Gebäudemanagement - Zentrale Vergabestelle

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Winterbach

Registrierungsnummer: DE146615985
Postanschrift: Marktplatz 2
Stadt: Winterbach
Postleitzahl: 73650
Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)
Land: Deutschland
E-Mail: gemeinde@winterbach.de
Telefon: +49 718170060
Internetadresse: <https://www.winterbach.de/startseite>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium
Karlsruhe

Registrierungsnummer: DE811469974

Postanschrift: Kapellenstraße 17

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76131

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Annemarie Streit Leitende Regierungsdirektorin

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Internetadresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/abt1/ref15/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Schorndorf - Fachbereich Gebäudemanagement -
Zentrale Vergabestelle

Registrierungsnummer: 08119067-A8469-82

Postanschrift: Robert-Bosch-Str. 9

Stadt: Schorndorf

Postleitzahl: 73614

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@schorndorf.de

Telefon: +49 71816022633

Internetadresse: <https://www.schorndorf.de/willkommen>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des
Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 4bf49cf9-8e45-47fa-b388-72c834de5ba3 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 12/06/2026 15:07:26 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 411669-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 114/2026
Datum der Veröffentlichung: 16/06/2026